



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
BEI DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

KÖLN-Bayenthal, den 26. Januar 1957
Bayenthalgürtel 15
Telephon: 33031

HU/ln

P.B.Nr.6

Herr Bundesrat,

Lage in der Deutschen
Demokratischen Republik (DDR):

In unseren Politischen Berichten tauchen immer wieder die von Diplomaten der verschiedensten Länder geäußerten Befürchtungen auf, in der DDR könnte eine analoge explosive Entwicklung eintreten wie in Ungarn. Da die Bundesrepublik nicht untätig zusehen könnte, würde damit eine hohe Gefahr des dritten Weltkrieges heraufbeschworen. Ich habe mit vielen Kennern der Lage - Innenminister Schröder, Staatssekretär Globke, Ministerpräsident Steinhoff u.a. - gesprochen und resümiere ihre Auffassungen:

Zunächst sind auch hier - wie bei den anderen Satelliten - die wirtschaftlichen Aspekte wichtig. Die Krise in Ungarn und Polen hatte in der Sowjetzone nicht nur ideologische Auswirkungen. Die wirtschaftliche Lage ist seit langem, ähnlich wie allgemein im Ostblock, sehr ernst. Die gestörte Wirtschaft Polens und Ungarns ergab grosse Ausfälle von Lieferungen. Infolge des Ausfalls polnischer Kohlenlieferungen und des ungarischen Bauxits hat sich die Materialversorgung der Zone derart verschärft, dass viele Planungen gegenstandslos werden.

Um das DDR-Regime zu stützen, kamen am 7. Januar dieses Jahres Hilfeleistungsverträge zwischen der Sowjetunion und der DDR zustande. Sie werden aber hier als

Herrn Bundesrat Max P e t i t p i e r r e
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements
B e r n

nur "magere Hilfe" bewertet. Die Sowjets versprachen einen Kredit von 340 Millionen Rubel in Devisen, wo im Juli vorigen Jahres noch von $7\frac{1}{2}$ Milliarden Wirtschaftshilfe (gestaffelt auf fünf Jahre) die Rede war. Dieser relativ bescheidene Betrag kann höchstens die schlimmsten Rückschläge auffangen, welche aus dem Ausfall von Lieferungen aus Polen und Ungarn resultieren.

Die politischen Zugeständnisse des Abkommens seien mehr optischer als tatsächlicher Natur. Die Uebertragung der Lufthoheit soll die Bundesrepublik zwingen, mit der Sowjetzone in Verhandlungen zu treten, wenn sie den Flugverkehr nach Berlin aufnehmen möchte. Dagegen verzeichnet das Hauptproblem der Stationierung russischer Truppen keinen Fortschritt. Der erhoffte Vertrag über Truppenstationierung kam nicht zustande. Wohl wurde hierüber verhandelt, aber ohne dass eine Lockerung erreicht wurde. Offenbar will die USSR erst noch abwarten, wie die weitere Entwicklung in Polen verläuft.

Vor allem entwickelt sich die politische Atmosphäre in der DDR zu Ungunsten des Regimes. Die Regierung Ulbricht verliert den Rest ihres Ansehens und zwar nicht nur bei den Intellektuellen, sondern noch mehr bei der Arbeiterschaft. Die Zeitungsmeldungen über bestehende Gärungen unter den Studenten werden von meinen sämtlichen Gewährsleuten bestätigt. Desgleichen die Berichte, dass die Unruheherde an den Universitäten sich ausbreiten auf die Fabriken. Die Aufforderungen des Regimes zur Steigerung der Arbeitsleistung bleiben unbeachtet und werden von den Betrieben oft mit der Parole "Arbeite langsam" beantwortet. Insbesondere sind unter den jugendlichen Arbeitern viele deutliche Symptome passiver Resistenz zu bemerken. Ebenso wie in Polen und Ungarn erweist sich auch in der DDR als interessante Lehre aus den jüngsten Ereignissen, dass die Jugend, von der man glaubte, dass sie am meisten der kommunistischen Doktrin verfallen sei, weil sie nichts anderes gesehen habe, sich als Hauptträger der freiheitlichen Gedanken erweist.

Trotz all dieser auf Sturm stehenden Anzeichen gelangen meine sämtlichen Gesprächspartner zu der Schlussfolgerung, dass mit einer Wiederholung des 17. Juni 1953, mit einer akuten Gefahr eines neuen Aufstandes in der Sowjetzone nicht zu rechnen sei. Eine Explosion wie in Ungarn taxieren sowohl meine sozialistischen wie meine bürgerlichen Informanten für nicht wahrscheinlich. Dabei spiele auch der Unterschied der Temperamente eine grosse Rolle: die deutsche Bevölkerung lasse sich nicht mit den Ungarn und Polen vergleichen; sie sei viel weniger emotiv und impulsiv. Seit dem Aufstand des 17. Juni 1953 hat die Polizei ihr Netz der Ueberwachung und Niederhaltung ausgedehnt und sehr verstärkt; vor allem übt die alles beherrschende Tatsache ihre Wirkungen aus, dass in der Sowjetzone 22 russische Divisionen stationiert sind. Von dieser erdrückend grossen und omnipräsenten Macht werden explosive Kräfte gelähmt.

Die Behörden der Bundesrepublik geben sich über die furchtbare Gefahr, welche aus einem Aufstand in der Sowjetzone sich für den Weltfrieden ergeben könnte, vollkommen Rechenschaft. Bei einem Ausbruch wie in Ungarn würden sich für Westdeutschland -politisch und psychologisch- Abgründe auftun. Man darf sagen, dass die Bonner Regierung alle gebotene Vorsicht walten lässt; nicht nur sieht sie von jeder Aufmunterung zu revolutionärem Vorgehen strikte ab, sondern sie wirkt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln solchen Absichten und Plänen entgegen.

Wahlen in Polen:

Mein Gesprächspartner - Staatssekretär X - dem viele Informationen zur Verfügung stehen, ist über den Ausgang der polnischen Wahlen sehr erleichtert, namentlich darüber, dass es zu keinem Verzweiflungsakt, ähnlich dem ungarischen Aufstand, gekommen ist. Eine Katastrophe wurde vermieden. Wären die Wahlen zu einer antikommunistischen Demonstration geworden,

so hätte das zu einem massiven Eingreifen der Russen geführt, was für Polen die Katastrophe bedeutete. Das polnische Volk zeigte mit seiner Zurückhaltung grosse politische Klugheit. Die Wähler haben sehr gut erfasst, was ihnen nicht mit offenen Worten gesagt werden konnte. Mein Interlocutor ist der Auffassung, dass das Problem "Polen" nicht gelöst sei; es wurde Zeit gewonnen, die Lage bleibt nach wie vor höchst labil und ist mit einem Pulverfass zu vergleichen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE

